



**Karl Holmeier**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der CSU-Landesgruppe für  
Wirtschaft und Energie,  
Verkehr und digitale Infrastruktur,  
Bildung und Forschung, Tourismus

## Pressemitteilung

# Keine europäische Einlagensicherung zu Lasten deutscher Bankkunden

**Holmeier „Schutz der deutschen Sparer und Leistungsfähigkeit unserer Banken und Sparkassen hat Priorität.“**

Berlin, 26. Februar 2016

### **Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Jakob-Kaiser-Haus  
Telefon 030 227 – 7 21 00  
Fax 030 227 – 7 68 65  
karl.holmeier@bundestag.de

### **Wahlkreisbüro Schwandorf**

Pesslerstraße 1  
92421 Schwandorf  
Telefon 09431–96 04 29  
Fax 09431–96 04 34

### **Wahlkreisbüro Cham**

Dr.-Karl-Stern-Straße 4  
93413 Cham  
Telefon 09971–99 63 700  
Fax 09971–99 63 701  
karl.holmeier@wk.bundestag.de

Der Deutsche Bundestag hat sich in einem Antrag auf Betreiber der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission zu einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung ausgesprochen. Hierzu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe und Wahlkreisabgeordnete für Schwandorf und Cham, Karl Holmeier:

„In den vergangenen Wochen und Monaten haben die Pläne der Europäischen Kommission zum Europäischen Einlagensicherungssystem für erhebliche Unruhe und Unsicherheit in der deutschen Finanzwelt sowie Bevölkerung gesorgt.

Eine Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherungssysteme wird von der CSU-Landesgruppe abgelehnt. Wir sind gegen das Vorhaben der Europäischen Kommission, Risiken im europäischen Bankensystem zu Lasten deutscher Sparer umzuverteilen. Die Europäische Kommission sollte sich stattdessen darauf konzentrieren, die nach wie vor bei vielen europäischen Banken bestehenden Risiken wirkungsvoll zu minimieren.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher den Plänen Brüssels jetzt eine deutliche Absage erteilt und sich gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission zu einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung ausgesprochen. Der entsprechende Antrag und unsere Aktivitäten wären noch deutlicher ausgefallen, wenn die SPD nicht blockiert hätte.

Nach unserer Auffassung ist die Kommission die Hüterin der EU-Verträge. Sie sollte sich darauf konzentrieren, dass die beschlossenen Maßnahmen zur Errichtung der Bankenunion in allen Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene wirksam umgesetzt werden und dass endlich die regulatorische Sonderbehandlung von Staatsanleihen auf den Prüfstand kommt. Der Abbau der Staatsrisiken in den Bankbilanzen muss jetzt Ziel der Bankenregulierung in Europa sein. Daher ist eine gemeinsame europäische Einlagensicherung zum jetzigen Zeitpunkt nicht akzeptabel.



**Karl Holmeier**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Pläne der Kommission setzen falsche Prioritäten, verursachen Fehlanreize und bieten gegenüber den bereits geltenden europäischen Vorschriften zur Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme keinerlei Mehrwert. Im Gegenteil: Sie gefährden das Vertrauen der deutschen Sparer in die Sicherheit ihrer Sparguthaben und würden Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihren bewährten Sicherungssystemen zusätzlich belasten. Mit uns wird es keine europäische Einlagensicherung geben, die zu Lasten der deutschen Sparer und der Leistungsfähigkeit unserer Banken und Sparkassen als Finanzierer der deutschen Wirtschaft geht.“

**Anlage: Antrag**